

Haushaltskrise 2025: Defizit steigt auf alarmierende 4,2 Prozent!

Fiskalrat revidiert die Defizitprognose für 2025 auf 4,2%, während hohe Staatsausgaben und Rezession die Lage verschärfen.



Österreich - Der Fiskalrat hat seine Prognose für das Budgetdefizit im Jahr 2025 auf 4,2 Prozent des Bruttoinlandsprodukts (BIP) revidiert, was einen Anstieg im Vergleich zur ursprünglichen Schätzung von 4,1 Prozent darstellt. Diese Anpassung folgt auf das vorjährige Defizit von 4,7 Prozent, das die vorherigen Erwartungen übertraf. Laut **Kleine Zeitung** sind die anhaltenden Rezession und der Rückgang des Wirtschaftswachstums die Hauptgründe für die rückläufigen Einnahmen und das verschlechterte budgetäre Bild.

Die Regierung plant, ein Konsolidierungsvolumen von 6,3 Milliarden Euro zu realisieren, doch der Fiskalrat sieht die realistische Einsparung bei nur 4,2 Milliarden Euro. Für 2026

wird ein weiterer Anstieg des Konsolidierungsvolumens auf 8,7 Milliarden Euro prognostiziert, was als nicht nachvollziehbar erachtet wird. Auch die angekündigten Konsolidierungsmaßnahmen reichen laut den Experten nicht aus, um die wesentlichen Haushaltsprobleme zu adressieren. Die EU-Defizitverfahren scheinen nahezu unvermeidlich zu sein.

Steigende Schuldenquote und Wachstumsprognosen

Die Schuldenquote wird voraussichtlich auf 86,1 Prozent steigen, nachdem sie bereits 2024 bei 84,7 Prozent lag. Dieses Niveau stellt einen historischen Höchststand dar, der über dem bisherigen Rekordwert von 85,6 Prozent im Jahr 2015 liegt. Um die Maastricht-Vorgabe von maximal 3 Prozent des BIP zu erreichen, wären zusätzliche Einsparungen in Höhe von 8,5 Milliarden Euro notwendig. Das Gesamtvolumen der erforderlichen Konsolidierung wird auf 12,7 Milliarden Euro geschätzt, wie **OTS** berichtet.

Die hohen Ausgaben im Jahr 2024, insbesondere für Gesundheits- und Klimaschutzmaßnahmen, sowie Einmaleffekte wie die Dienstrechtsnovelle 2023, haben zur Verschlechterung der Budgetlage beigetragen. Die Vorhersage des WIFO zur Konjunktur abschätzt für 2025 ein reales BIP-Wachstum von -0,3 Prozent und für 2026 von 1,2 Prozent. Somit könnte der negative Trend in der Wirtschaft auch die Anstrengungen zur Konsolidierung weiter belasten.

Ursachen und zukünftige Herausforderungen

Die Situation an den Märkten zeigt auch, dass steigende Staatsausgaben und Mindereinnahmen durch die rezessiven Tendenzen in der Wirtschaft eng miteinander verbunden sind. Experten warnen, dass eine Reduzierung des Haushaltsdefizits zu einer steigenden Schuldenstandquote führen kann,

insbesondere bei niedrigem Wirtschaftswachstum. **BPB** hebt hervor, dass ein anhaltendes Defizit, selbst bei stabilen Einnahmen, die Zahlungsfähigkeit eines Staates gefährden könnte und zusätzliche Maßnahmen notwendig werden, um langfristige Wachstumsimpulse zu generieren.

Zusammenfassend lässt sich sagen, dass die aktuelle Haushaltslage von Herausforderungen geprägt ist, die sowohl politische als auch wirtschaftliche Maßnahmen erfordern werden. Angesichts der pessimistischen Einschätzung des Fiskalrats ist die Regierung in der Verantwortung, tragfähige und nachhaltige Lösungen zur Stabilisierung des Haushalts zu finden.

Details	
Vorfall	Sonstiges
Ursache	anhaltende Rezession, Rückgang des Wirtschaftswachstums, hohe Staatsausgaben, Mindereinnahmen, unerwartet hohe Ausgaben für Gesundheit und Einmaleffekte
Ort	Österreich
Quellen	<ul style="list-style-type: none">• www.kleinezeitung.at• www.ots.at• www.bpb.de

Besuchen Sie uns auf: die-nachrichten.at